



Dani Rodrik, 62 Jahre, ist in der Türkei aufgewachsen. Seit Mitte der siebziger Jahre lebt er in den Vereinigten Staaten.

Foto Martha Stewart

War's das jetzt mit der Globalisierung?

Harvard-Ökonom Dani Rodrik über die Folgen von Corona, die nächste Flüchtlingswelle und die Vorzüge von Chinas Staatskapitalismus

Herr Rodrik, Sie weisen seit vielen Jahren auf die Schwachpunkte der Globalisierung hin. Gibt der Corona-Schock ihr nun den Rest?

Diese Pandemie verstärkt Trends im Welthandel, die wir schon länger beobachten. Der internationale Handel hat bereits nach der Weltfinanzkrise 2008 seinen Schwung verloren. Internationale Kapitalströme haben sich bis heute nicht erholt, vor allem nicht in Europa. Die globalen Wertschöpfungsketten sind nicht mehr wie früher gewachsen. Das lag auch an tiefer gehenden strukturellen Veränderungen durch den technologischen Wandel. Hinzu kam der Flaggen schwenkende Protektionismus von Donald Trump, aber er hat mehr gebissen als gebissen. Trump tobte herum und lenkte am Ende ein.

Wie heftig werden die Auswirkungen der Pandemie?

In Augenblicken der Krise neigen Länder nun mal dazu, sich in ihre Muschelschalen zurückzuziehen. Ich würde nicht zu viel in diese nationalistischen Reaktionen hineinlesen, etwa in die Handelsbeschränkungen für Medizinergüter. Das muss nicht von Dauer sein. Andere Dinge machen mir mehr Sorgen.

Nämlich welche?

Ich glaube, die reichen Länder werden sich schneller erholen als die Entwicklungsländer, weil die Letzteren nicht die finanziellen Mittel haben, um angemessen auf die Pandemie zu reagieren. Was in Europa und in den Vereinigten Staaten an Einkommens- und Arbeitsmarkthilfen mobilisiert wurde, ist außergewöhnlich. Die reichen Länder können sich diesen Luxus leisten und auch mit Hilfe der Geldpolitik praktisch unbegrenzte Hilfen bereitstellen. Andere nicht.

Müssen wir die ärmeren Länder in dieser Krise stärker unterstützen?

Ja, unbedingt. Und zwar im eigenen Interesse. Meine größte Befürchtung ist, dass wir einen erheblichen wirtschaftlichen Rückschlag in den Entwicklungsländern sehen werden. Viele Länder, in denen es eine große Zahl armer Menschen gibt, haben wirtschaftlich zwei relativ gute Jahrzehnte hinter sich. Äthiopien etwa hatte in den letzten anderthalb Jahrzehnten ein jährliches Wirtschaftswachstum von 9 bis 10 Prozent. Dasselbe gilt für Ruanda. Wenn es jetzt zu einem Wachstumsrückschlag kommt, dann wird das internationale Auswirkungen haben. Die offensichtlichste: Viele Leute werden ihre Heimatländer verlassen und versuchen, es in die Vereinigten Staaten oder nach Europa zu schaffen.

Europa droht eine ähnliche Flüchtlingswelle wie 2015?

Es könnte sogar noch schlimmer kommen als damals. Denn heute reden wir über eine viel größere Zahl von Ländern auf der Südhalbkugel der Welt, die Probleme haben.

Wird deshalb die Globalisierung nicht umso dringender gebraucht, weil sie nämlich den armen Ländern besonders nutzt? Die Zahl der Menschen in extremer Armut hat sich seit 1990 weit mehr als halbiert.

Das ist eine interessante Frage, weil sie den Blick auf ein Paradox richtet. Am besten hat sich bekanntlich China entwickelt in den vergangenen drei Jahrzehnten der Hyperglobalisierung, wie ich das nenne. Aber gerade China hat sich nicht an die Regeln der Hyperglobalisierung gehalten und nicht auf eine radikale Öffnung seiner Wirtschaft gesetzt, an-

ders als etwa viele lateinamerikanische Länder. Stattdessen wurden in China der Wechselkurs gesteuert, internationale Kapitalströme stark reguliert, es gibt viele Staatsbeteiligungen an Unternehmen, schwache Regeln für geistiges Eigentum und ein großes Maß an Industriepolitik durch den Staat.

China hat weniger auf Markt und Globalisierung gesetzt und war deshalb erfolgreicher?

Nicht so schnell. China hat sich lediglich nicht an die Handlungsanweisungen der Hyperglobalisierung gehalten. Aber es gibt eben nicht nur eine Art von Globalisierung. Das Modell der Hyperglobalisierung, dem seit den neunziger Jahren viele Länder gefolgt sind, war in Wahrheit eine sehr spezielle Form der Globalisierung, die dem internationalen Handel und der Finanzwirtschaft sehr große Bedeutung gab.

Wird der Freihandel überschätzt?

In der Wirtschaftsgeschichte ist praktisch kein Land allein dadurch reich geworden, dass es sich für freien Außenhandel und internationale Kapitalströme geöffnet hat. Alle erfolgreichen Länder haben das vielmehr kombiniert mit Investmentstrategien und heimischer Industriepolitik. Und das bedeutete oft, dass sie Waren- und Kapitalströme steuerten, anstatt sie freizugeben. China ist ein gutes Beispiel dafür, aber in früheren Jahrzehnten haben Japan, Südkorea und Taiwan sehr erfolgreich einen ähnlichen Kurs verfolgt. Erst seit den achtziger und neunziger Jahren, als die Ära der Hyperglobalisierung begann, wurde den Ländern gesagt: Wenn ihr reich werden wollt, müsst ihr Zölle senken und ausländisches Kapital anwerben.

War das denn falsch?

Jedes Land braucht das zu einem bestimmten Grad. Aber es kommt auf die Mischung an zwischen Markt und Freihandel einerseits und staatlicher Lenkung andererseits. Es gibt auch nicht das eine Rezept, das für alle Länder passt. Die jeweils richtige Balance zu finden, das ist eine Kunst. Wenn es einfach wäre, dann gäbe es keine armen Länder auf der Welt.

Die EU mit ihrem weitreichenden Freihandel zwischen den Mitgliedstaaten ist eine Art Mini-Version der von Ihnen beschriebenen Hyperglobalisierung. Wird dieses Modell überleben?

Ich glaube, Europa und insbesondere die Länder der Europäischen Währungsunion stehen vor erheblichen strukturellen Problemen. Wenn Europa seinen Binnenmarkt und sein gemeinsames Geld bewahren will, dann muss es auch fiskalisch und politisch zusammenwachsen. Ohne mehr Integration auf diesen Gebieten wird auch die wirtschaftliche Integration lockerer werden als bisher der Fall. Der Brexit ist ein erstes extremes Beispiel dafür, dass das so kommt.

Corona stellt jetzt den Zusammenhalt der EU auf eine schwere Probe.

Das stimmt. Es gibt in solchen Krisen zwei mögliche Narrative. Man kann entweder sagen: Wenn wir jetzt keine Solidarität üben, dann werden wir uns allesamt schlechter stellen. Oder man sagt: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und fiskalische Puffer geschaffen. Wir haben dafür einen Preis bezahlt, warum sollen wir jetzt die anderen alimentieren? Nach der Finanzkrise 2008 haben die Gläubigerländer einschließlich Deutschland leider auf das zweite Narrativ gesetzt: die verschwenderischen, faulen Griechen, Portugiesen

und Spanier gegen die sparsame, hart arbeitende schwäbische Hausfrau. In der Corona-Krise sehen wir diese Konfrontation viel weniger. Krisen sind immer auch eine Chance. Neue Institutionen werden oft in Krisenzeiten geschaffen.

Zurück zur Zukunft der Globalisierung. Eine Ihrer Thesen lautet: Länder sind nur dann offen für Freihandel, wenn sie einen starken Sozialstaat haben. Warum ist das so?

Offene Volkswirtschaften sind tendenziell externen Schocks, die von außerhalb ihrer Grenzen ausgehen, stärker ausgesetzt. Je offener Länder gegenüber internationalem Handel und Finanzströmen sind, umso größer ist die wirtschaftliche Unsicherheit. Deshalb braucht es ein Sicherheitsnetz. Erst der Ausbau des Sozialstaats ermöglichte die politische Unterstützung der Bevölkerung für wirtschaftliche Offenheit. Er gibt den Leuten die Gewissheit, dass sie nicht extremen Unsicherheiten ausgesetzt sind und dass für sie gesorgt wird.

In den Vereinigten Staaten gibt es traditionell keinen starken Sozialstaat. Ist es deshalb nur folgerichtig, dass Trump den Freihandel misstrauisch sieht?

Ja, absolut. Es ist interessant, dass es in den Vereinigten Staaten eine sehr viel ablehnendere Stimmung gegenüber dem Handel mit China gibt als in Europa, weil die amerikanische Mittelschicht vor dem Schock, der vom Handel mit China ausging, sehr viel weniger geschützt worden ist als die europäische.

Wie können wir verhindern, dass die Globalisierung ganz unter die Räder kommt und wir dadurch die Vorteile des Freihandels verlieren?

Wie gesagt, die erste Erkenntnis muss sein: Es gibt nicht nur eine Form der Globalisierung. Eine gesunde Globalisierung funktioniert nur, wenn sie flankiert wird von gesunden und robusten Nationalstaaten. Wir müssen einen neuen politischen Konsens finden, der einerseits die Vorteile von Offenheit und Handel wertschätzt. Zugleich aber muss er den Nationalstaaten ermöglichen, im eigenen Land ihre heimische Politik zu gestalten. Es funktioniert nicht, dem Freihandel Vorfahrt zu geben, wenn dadurch die Solidarität und die Widerstandskraft innerhalb der Nationen untergraben werden. Genau das aber ist in den vergangenen drei Jahrzehnten geschehen. Es wurde nicht mehr gefragt: Wie kann die Weltwirtschaft für uns nützlich sein? Sondern vielmehr: Wie können wir uns an die Weltwirtschaft anpassen? Das führte zur Spaltung zwischen den globalen Eliten und den Teilen der Bevölkerung, die nicht von der Globalisierung profitieren. In den Nachkriegsjahren, während der Bretton-Woods-Ära, haben wir die Balance besser hinbekommen.

Inwiefern?

Die Freihandelsverträge, die damals abgeschlossen wurden, waren sehr viel weniger ehrgeizig als später. Das ließ den Nationalstaaten mehr Raum, ihren eigenen Kurs zu fahren. Und dennoch wuchsen während der Bretton-Woods-Ära der Welthandel und die globalen Investitionen sehr stark. Die Lehre daraus ist: Die beste Globalisierung ist diejenige, die von erfolgreichen Nationalstaaten getragen wird.

Wir können aber kaum zurück zu Bretton Woods, oder?

Nein. Aber nehmen Sie das Beispiel des Konflikts zwischen den Vereinigten Staaten und China. Das ist der wohl strittigste Teil des Welthandels-Regimes derzeit.

Der einzige Weg, wie wir eine gesunde Weltwirtschaft schaffen, ist, indem Amerika und China respektieren, dass sie verschieden sind. Das Mischungsverhältnis zwischen Staat und Markt ist in den beiden Ländern unterschiedlich. Die Vereinigten Staaten sollten China nicht bedrängen, weniger Staatsunternehmen zu haben, seine Industriepolitik zurückzuführen oder Subventionen zu kürzen. Denn so funktioniert nun mal China.

Aber Chinas Staatskapitalismus verhindert doch einen fairen Wettbewerb?

Die mythologische Vorstellung, dass es einen freien Markt gibt, der die heuti-

gen Wettbewerbsbedingungen hervorgerufen hat, ist einfach realitätsfern. Die Chinesen könnten zum Beispiel darauf verweisen, dass auch Amerika seine Unternehmen in früheren Jahrzehnten lange subventioniert hat. Oder darauf, dass amerikanische Großunternehmen lange Zeit sehr stark von den Investitionen und der staatlichen Beschaffungspolitik des Verteidigungsressorts profitiert haben. Außerdem: Wenn China seine Unternehmen subventioniert, dann profitiert davon auch der Rest der Welt.

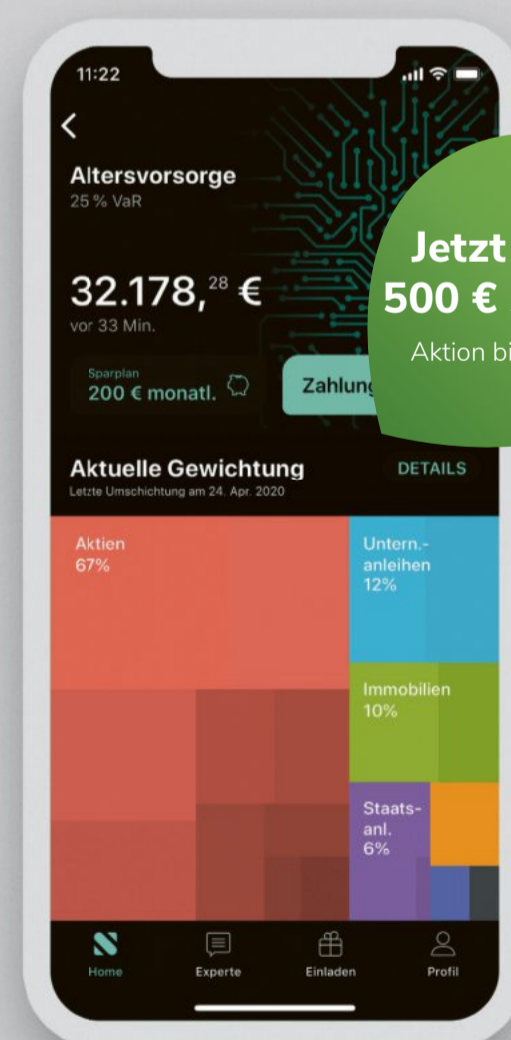
Warum das denn?

Das grundlegende Argument für freien Handel ist, dass er zu niedrigeren Waren-

preisen führt. Wenn wir das so sehen, dann können wir nichts dagegen haben, dass der chinesische Staat mit Subventionen dafür sorgt, dass seine Unternehmen Waren auf dem Weltmarkt billiger anbieten. Finanziert wird das von den chinesischen Steuerzahlern, und der Rest der Welt profitiert davon. Zu sagen, das sei kein fairer Wettbewerb, das ist im Grunde ein merkantilistisches Argument. Es gibt gute Gründe dafür, Unternehmen staatlich zu unterstützen. Aber selbst wenn Regierungen eine fehlgeleitete Subventionspolitik betreiben, dann sollte es ihnen gestattet sein, diese Fehler zu machen.

Das Gespräch führte Marcus Theurer.

Einfach in ETFs investieren



Europas führender Robo-Advisor erstellt und verwaltet Ihr persönliches ETF-Depot. Mit moderner Technologie und den Erkenntnissen der Kapitalmarktforschung. Kosteneffizient, global diversifiziert und regelmäßig überwacht.

Jetzt mehr erfahren: www.scalable.capital

Kapitalanlagen bergen Risiken. Teilnahmebedingungen auf unserer Website

scalable
CAPITAL